



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11375**
Datum: 09.01.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Dietmar Wehrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.01.2013	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Breitbandausbau

Trotz vielfältiger Stadtratsinitiativen allein in den letzten vier Jahren (beispielsweise V/2009/08341, V/2010/08702, V/2011/09448, V/2011/09916, V/2012/10460, V/2012/10465 oder V/2012/10961) und gefällter Beschlüsse (V/2010/08950, V/2012/10465) zur Verbesserung der teilweise noch immer schlechten Versorgungssituation mit Breitbandinternetanschlüssen sind bisher leider immer noch keine konkreten Erfolge vorzuweisen. Letzter Informationsstand des Stadtrates war die Auskunft der Verwaltung auf die Anfrage V/2012/10961 vom September 2012 wonach die IT-Consult Halle GmbH mit einer entsprechenden Machbarkeitsuntersuchung beauftragt worden sei. In der Presseberichterstattung war nun jüngst aufgrund nicht beantragter Fördermittel sogar von einem rügenden Brief des Breitbandbeauftragten des Landes an die Stadt Halle zu lesen, wonach die Stadt die geänderten Fördermöglichkeiten der Landesregierung vernachlässige.

Dem hingegen wird Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand von der Presse dahingehend zitiert, den Breitbandausbau nun forcieren zu wollen.

Wir fragen vor diesem Hintergrund daher erneut nach:

1. Wie ist der Sachstand der Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse zur Verbesserung der städtischen Breitbandversorgung?
2. Welche Ergebnisse hat die erwähnte Machbarkeitsuntersuchung ergeben?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadtverwaltung aus dem Problem bisher nicht beantragter Landesfördermittel für den Breitbandausbau?
4. Haben sich Veränderungen in der Prioritätensetzung innerhalb der Stadtverwaltung ergeben, welche zukünftig eine intensivere Bearbeitung des Themenkomplexes Breitbandausbau erwarten lassen? Wenn ja, wie sollen sich diese äußern?

gez. Dietmar Wehrich
Fraktionsvorsitzender



Sitzung des Stadtrates am 30.01.2013
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Breitbandausbau
Vorlagen-Nummer: V/2013/11375
TOP: 9.17

Antwort der Verwaltung:

1. Wie ist der Sachstand der Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse zur Verbesserung der städtischen Breitbandversorgung?

Gemäß der Stellungnahme der Verwaltung vom 20. September 2012 zur Vorlagen-Nummer V/2012/10961 war in Abstimmung mit den Stadtwerken vereinbart, eine Machbarkeitsuntersuchung zu initiieren.

Die IT-Consult Halle GmbH hat als Tochter der Stadtwerke und in Zusammenarbeit mit einem Beratungsunternehmen der Telekommunikationsbranche Ende des letzten Jahres vollumfängliche Unterlagen zur Beantragung von GRW-Fördermitteln erstellt und an die Stadt Halle (Saale) übergeben. Ziel ist es, mit diesen Unterlagen die Ausreichung von Fördermitteln beim Land Sachsen-Anhalt zur Durchführung von zwei Machbarkeitsuntersuchungen (Aufteilung des Stadtgebietes in zwei Teile) zu erreichen.

Allerdings scheiterte eine unverzügliche Beantragung der Fördermittel an der im Haushaltsjahr 2012 fehlenden Finanzierung des städtischen Eigenanteils von mindestens 10 bis höchstens 40 Prozent der möglichen förderfähigen (geschätzten) Kosten in Höhe von 360.000 € (brutto).

2. Welche Ergebnisse hat die erwähnte Machbarkeitsuntersuchung ergeben?

Die Machbarkeitsuntersuchung konnte noch nicht durchgeführt werden. Es wird auf die Ausführungen zu 1. verwiesen.

3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadtverwaltung aus dem Problem bisher nicht beantragter Landesfördermittel für den Breitbandausbau?

Es handelt sich bei dem Thema um keine klassische Pflichtaufgabe der Gemeinde. Somit ist die Schlussfolgerung daraus zu ziehen, dass es für ein weiteres Forcieren des Themas einerseits eines zügig beschlossenen und genehmigten Haushaltes bedarf und aufgrund der oben ausgeführten „Vorgeschichte“ dabei eines Mittelaufwuchses zur Kofinanzierung der Förderanträge bedarf.

4. Haben sich Veränderungen in der Prioritätensetzung innerhalb der Stadtverwaltung ergeben, welche zukünftig eine intensive Bearbeitung des Themenkomplexes Breitbandausbau erwarten lassen? Wenn ja, wie sollen sich diese äußern?

Im Rahmen der derzeit stattfindenden Umstrukturierung der Stadtverwaltung und einhergehender Straffung von Arbeitsprozessen, ist noch abschließend zu klären, in welchem Geschäftsbereich – auch unter Betrachtung der Zielgruppen dieses Themas – die Verortung erfolgen soll.

Dieses ist auch deswegen erforderlich, da unabhängig von der Verortung ein erneutes Einarbeiten in die Thematik notwendig ist, da der für den Themenbereich verantwortliche Mitarbeiter in einen anderen Geschäftsbereich versetzt wurde.

Uwe Stäglin
Beigeordneter